

Pressemitteilung

Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

BDI fordert Ausbau der Gesundheitswirtschaft zum Wachstumstreiber

- 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bis 2020 möglich
- Vorschläge für mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung präsentiert
- Branche erwirtschaftet 7,8 Milliarden Euro Außenhandelsüberschuss

Seite
1 von 2

111/2009
25. November 2009

„Die Gesundheitswirtschaft erweist sich als Stabilitätsanker in der Krise und kann zu einem Wachstumsmotor werden. Bis 2020 können weitere 1,2 Millionen Arbeitsplätze entstehen.“ Das sagte Andreas Barner, Vorsitzender des BDI/BDA-Ausschusses für Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik, heute anlässlich der Vorstellung des Positionspapiers „Für eine starke Gesundheitswirtschaft in Deutschland“ der BDI-Initiative „Wirtschaft für Gesundheit“ in Berlin.

„Die Politik muss Rahmenbedingungen setzen, mit denen sich Innovationen medizinisch wie wirtschaftlich lohnen“, forderte Barner. Der Koalitionsvertrag biete hierfür die richtigen Ansatzpunkte. Neben der Einführung der steuerlichen Forschungsförderung für Unternehmen aller Größenklassen müsse die Marktpreisbildung konsequent ermöglicht werden: „Zentralistische Eingriffe in die Preisbildung privatwirtschaftlicher Unternehmen passen nicht in ein innovationsoffenes Umfeld.“

Die Nutzenbewertung neuer medizinischer Technologien und Arzneimittel sollte transparent nach international anerkannten Standards erfolgen. „Auch Krankenkassen müssen sich dem Wettbewerb öffnen“, verlangte Barner. Dazu gehöre dann auch die volle Geltung des Kartell- und

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Wettbewerbsrechts. „Dann bekommen die Versicherten auch Wahlfreiheit und Transparenz.“ Dabei müsse der Zugang zu Innovationen für alle möglich sein.

Das umlagefinanzierte Gesundheitssystem müsse fit gemacht werden für die großen Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts. „Eine nachhaltige Finanzierung muss her, die Lohn- und Gesundheitskosten entkoppelt“, sagte Barner. „Wir brauchen transparente, lohnunabhängige Prämien, um die Gesundheitskosten zu decken. Der soziale Ausgleich muss über das Steuersystem und damit über die Gemeinschaft aller Steuerzahler erfolgen.“

Informationen zur Gesundheitswirtschaft:

Die Gesundheitswirtschaft ist mit einem Jahresumsatz von über 260 Milliarden Euro (2008) und einem Anteil von 12,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) einer der größten Sektoren der Volkswirtschaft. Die Branche trägt mit 7,8 Milliarden Euro zum Außenhandelsüberschuss bei. 5,4 Millionen Menschen arbeiten in der erweiterten Gesundheitswirtschaft – das ist jeder siebte Erwerbstätige.